

# Muslime in Deutschland

## Eine Studie des deutschen Innenministeriums

Die Ergebnisse dieser umfangreichen

kriminologischen Studie<sup>2</sup> sind unspektakulär: Eine Minderheit von etwa 14 Prozent der Befragten Musliminnen<sup>3</sup> und Muslime zeige bedenkliche Einstellungen hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit und Gewalt, womit sie sich kaum von der übrigen Bevölkerung unterscheide. Ähnliches gilt für die knapp sechs Prozent der Muslime, die als »gewaltaffin« beschrieben werden.<sup>4</sup> Insgesamt wurden etwa 1400 muslimische Migrantinnen und Migranten befragt.

Von **Anis Hamadeh**<sup>1</sup>

**Z**iel der Studie ist die Beantwortung sicherheitspolitischer Fragen, also hauptsächlich der Terrorismusbekämpfung. Dabei gehe es speziell um »Vorformen« des Terrorismus, vor allem auf der »Einstellungsebene«, dem »Resonanzboden« sowie um die »Rekrutierungsbasis für künftige Täter«. Gleichzeitig solle vermieden werden, »pauschal eine ganze Gruppe der Bevölkerung a priori als Risikogruppe zu etikettieren.«<sup>5</sup> Ein schwieriges Unterfangen, zumal über Vorformen und Rekrutierungsbasen keine polizeilich verwertbare Ergebnisse erzielt wurden. Zu heterogen seien die Fälle, klare Muster seien nicht erkennbar.

### Reaktionen der Medien

Ein erheblicher Teil der deutschen Medien macht aus der Islamstudie eine Gefahrenmeldung mit Überschriften wie: »Zahlreiche Muslime in Deutschland sind gewaltbereit« (Spiegel); »Studie des Innenministeriums: »Viele junge Muslime gewaltbereit.« (FAZ); »Der Islam und die Gewalt. Rund ein Viertel der in Deutschland lebenden Muslime ist zu Gewalttaten gegen Andersgläubige bereit.« (SZ); »Innenminister Schäuble besorgt. Studie: Zahlreiche Muslime in Deutschland gewaltbereit« (Handelsblatt); »Schäuble warnt vor »Radikalisierungspotenzial«: Zahlreiche Muslime laut Studie gewaltbereit« (ARD Tagesschau).<sup>6</sup> Die jüdische Zeitung Hagalil rubriziert ihre Rezension gleich unter »Antisemitismus« und titelt: »Radikale Islamisten in Deutschland: Studie gibt Anlass zur Besorgnis. Laut einer wissenschaftlichen Studie des Bundesinnenministeriums sind rund 25 Prozent aller jungen Muslime in der Bundesrepublik Deutschland zu Gewalttaten gegen Andersgläubige bereit.«<sup>7</sup>

Der Wunsch scheint hier Vater des Gedankens zu sein, außerdem das Vorwort der Studie von Innenminister Schäu-

ble, das programmatisch mit den Worten beginnt: »Der weltweit operierende islamistische Terrorismus ist heute eine der größten Gefahren für unsere Sicherheit.« Kurz darauf relativiert er: »Das Zusammenleben von Muslimen und Mehrheitsgesellschaft wird (...) zunehmend von der Furcht einer möglichen islamistischen Radikalisierung beeinträchtigt.« Es bleibt unklar, ob es sich nun um eine wirkliche Gefahr handelt oder um die Furcht vor einer Gefahr, weniger noch: einer möglichen Gefahr. In diesem Zusammenhang bleibt der zentrale und von vielen Medien kolportierte Begriff »besorgniserregend« aus dem Vorwort mehrdeutig und schließt Projektionen unkritisch mit ein.

Die ZEIT, die taz, Focus, Berliner Zeitung und Tagesspiegel stimmen in ihren Überschriften nicht in das Muslim-Bashing ein. Der Tagesspiegel etwa titelte: »Schäuble schürt Vorurteile gegen Muslime. Eine Studie des Innenministeriums scheint alle Vorurteile zu bestätigen: Sie gibt vor, viele Muslime seien gewaltbereit. Sieht man sich die Zahlen näher an, ist die Lage nicht ganz so dramatisch. Sorge bereiten aber vor allem die Jungen.«<sup>8</sup> In einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk betont der Kultur- und Sozialanthropologe Professor Werner Schiffauer – der im Quellenregister von »Muslime in Deutschland« sechs Mal genannt wird –, dass die Ergebnisse der Studie nicht so besorgniserregend seien, wie im Vorwort und der Presse dargestellt. 14 Prozent der Muslime ebenso wie der Nichtmuslime seien demokratie-distant oder -resistent. Ferner warnte er davor, die Themen Sicherheit und Integration in dieser Weise zu vermischen.<sup>9</sup>

### Auf der Suche nach dem Täterprofil

Die Studie ist eingebettet in die Buchreihe »Texte zur Inneren Sicherheit« und wurde von Kriminologen durchgeführt,

Wissenschaftlern also, die sich mit Verbrechen beschäftigen. Unter diesen Voraussetzungen ist es unmöglich, den Vorwurf des Generalverdachts gegen Muslime zu entkräften. Zwar wird in der Untersuchung oft darauf hingewiesen, dass ein solcher Verdacht nicht gerechtfertigt ist, er bleibt aber methodologischer Ausgangspunkt der Erhebung.

Es sind die Terroranschläge des 11. September und die Folgeanschläge, die zu dieser fragwürdigen Methodologie geführt haben: »Nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon in den USA am 11. September 2001 setzte in den Sozialwissenschaften, darunter auch in der Kriminologie, eine deutlich intensiviertere Auseinandersetzung mit Fragen des Terrorismus sowie der Bedeutung religiös legitimierter Gewalt wie auch religiös-kultureller Konflikte ein. (...) Speziell zum Zusammenhang von Gewalt und Islam bestand ein hoher Informationsbedarf und es entstand (...) ein erheblicher zusätzlicher Forschungsbedarf.«<sup>10</sup>

In dieser naiven Vorstellung haben Gewalt und Islam grundsätzlich etwas miteinander zu tun, und zwar in einer Weise, wie dies etwa in Christentum und Judentum nicht der Fall sei. Wenn man diesen Zusammenhang nur richtig analysiere, so legt die Studie nahe, dann könne man das Problem in den Griff bekommen und den Terror überwinden. Der Vorteil dieser Denkweise für die Herausgeber ist, dass sie sich selbst und ihre Mehrheitsgesellschaft von jeglicher Teilhabe am Problem freisprechen und den Generalverdacht gegen Muslime – und sei es vermeintlich – methodisch rechtfertigen können. Bedauerlich für die Gestalter der Studie ist einzig, dass ihre Ergebnisse überhaupt nicht zu dieser These passen.

Man merke bereits an den Fragen, dass hier vorausgesetzt werde, Islam und Demokratie seien ein Gegensatz, meint die Migrationsforscherin Ülger Polat in ihrer ausgezeichneten Analyse »Umstrittene Islam-Studie: Implizierter Gegensatz von Demokratie und Islam«: »Geradezu skandalös ist hingegen nicht nur die Auswahl der Kategorien, sondern insbesondere deren Operationalisierung. Um beispielsweise religiös-fundamentale Orientierungen nachweisen zu können, konfrontierten die Forscher ihre Probanden mit sechs Fragen. Diese lauten wie folgt: 1. Wer die Regeln des Korans nicht wörtlich befolgt ist kein echter Moslem. 2. Ich finde es wichtig, dass die Lehre des Islam an die Bedingungen der modernen Welt angepasst wird. 3. Menschen, die den Islam modernisieren, zerstören die wahre Lehre. 4. Ich glaube, dass jeder gute Moslem dazu verpflichtet ist, Ungläubige zum Islam zu bekehren. 5. Es sollte verboten sein, Moslems dazu zu bringen, ihre Religion zu wechseln. 6. Nichtmuslime sind von Allah verflucht. – Entgegen der eigenen Vorgabe, die religiös-fundamentale Orientierung der Probanden zu untersuchen, verweisen die gewählten Erhebungseinheiten in keinem Fall auf die Qualität des möglichen innerlichen Verhältnisses, das ein Muslim zu seiner Religion als unveräußerlichen Wert und Basis seiner Rückbindung zu seinem Glauben haben kann, sondern zementieren in durchwegs polarisierender Form den als unüberbrückbar vorausgesetzten Antagonismus zwischen muslimischem Glaubensbekenntnis und der so genannten modernen west-

lichen Grundordnung.«<sup>11</sup> Dazu, so Polat, gehöre auch, »den einzig relevanten Kontakt von Muslimen zur westlichen Gesellschaft auf die Sexualmoral zu beschränken«, indem nämlich den Befragten folgende Thesen zur Bewertung vorgelegt wurden: »1. In Deutschland kann man deutlich sehen, dass die christlichen Religionen nicht in der Lage sind, die Moral zu sichern. 2. Die Sexualmoral der westlichen Gesellschaften ist völlig verkommen.«

### Was die Studie über Integration aussagt

Liest man die Studie im Detail, fällt auf, dass eine große Zahl von Elementen auf Integration und Integrationsbereitschaft von Muslimen hinweist. Schon im ausführlichen Kapitel »Zum Forschungsstand« (S. 12–49) wird darauf verwiesen, dass die zweite und dritte Generation der eingewanderten Türken, also der mit Abstand größten muslimischen Gruppe in Deutschland, erheblich besser integriert ist als die erste. Etwa 90 Prozent der befragten Türken und Deutschtürken denken demnach, dass sie trotz Diskriminierungen in einer gerechten Gesellschaft leben, rund 80 Prozent seien mit der Demokratie zufrieden und etwa die Hälfte würde Deutschland sogar gegen einen muslimischen Angreifer verteidigen.<sup>12</sup>

Eine prinzipiell negative Einstellung gegenüber Deutschland kann auch bei den in der vorliegenden Studie untersuchten Muslimen nicht festgestellt werden. Im Gegenteil: »Im Vordergrund der überwiegend positiven Bewertung steht eine hohe Wertschätzung der Sicherung von Freiheits- und Grundrechten in Deutschland. Die Interviewten betonten fast ausnahmslos den hohen Wert von Rechtsstaatlichkeit und die Garantie von Freiheitsrechten in Deutschland, deren Bedeutung und Qualität sie in vielen Fällen auch dadurch unterstreichen, dass sie Vergleiche mit anderen Ländern, darunter auch ihren Herkunftsländern, ziehen, wo ihrer Wahrnehmung nach Freiheitsrechte nicht in dem Maße gesichert sind wie in Deutschland.«<sup>13</sup> Und: »Die jüngere Generation artikuliert damit eine Hinwendung zu und Orientierung auf die deutsche Aufnahmegesellschaft. Diese Orientierung wird allerdings partiell durch Reaktionen der Aufnahmegesellschaft konterkariert und gestört.«<sup>14</sup>

Diese Ergebnisse zeigen deutlich, dass die methodische Suche nach terroristischem Potenzial unter Muslimen ein Schuss ist, der nach hinten losgeht, weil dabei Muslime systematisch diskriminiert und verdächtigt werden, was zu negativen Reaktionen seitens von Muslimen führen kann und führt.

### Was die Studie über Diskriminierung von Muslimen aussagt

Die Diskriminierung von Muslimen ist durchaus ein Thema der Studie, wenn es auch meist als »Diskriminierungswahrnehmung« bezeichnet wird. Auch in dieser Rubrik ist der Forschungsstand früherer Erhebungen aussagekräftig. Drei Viertel der befragten Muslime fühle sich in einem der abgefragten Bereiche diskriminiert. Darüber hinaus sei eine starke Ablehnung von Muslimen seitens der deutschen Bevöl-

kerung mit 14 bis 20 Prozent nicht selten. 75 Prozent der Deutschen lehnen die Aussage ab, dass die muslimische Kultur in die westliche Welt passe. Eine Tendenz der Muslime zur Segregation unterstellen ca. 80 Prozent der Deutschen und eine Sympathie für Terroristen ca. 60 Prozent. Dies lege nahe, dass Vorstellungen eines Generalverdachts »so unrealistisch letztlich nicht sind.«<sup>15</sup> Auch das Phänomen der Ballungsräume muslimischer Einwohner sei nicht unbedingt auf Segregationsbemühungen zurückzuführen, sondern oft auf Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt.<sup>16</sup> Paralleles findet man zum Thema Kultur- und Moscheevereine: »Neben dem Hinweis darauf, dass man dort Menschen aus der Heimat treffen und die Muttersprache sprechen könne, wurde vor allem auf Gefühle der Kälte und des Zurückgewiesenseins in Deutschland hingewiesen, die viele Muslime immer wieder erleben würden. Insofern seien Kultur- und Moscheevereine, neben Cafés, Kneipen und landsmannschaftlich organisierten Sportvereinen, für einen nicht unerheblichen Teil der Muslime der zentrale und teilweise, abseits der Familie, der einzige Ort, wo man sich geborgen und nicht mehr einsam fühlen könne.«<sup>17</sup>

Die Macher der Studie sind sich vollständig darüber im Klaren, dass Muslime in unserer Gesellschaft diskriminiert werden. Zwischen den Zeilen wird das immer wieder deutlich, etwa hier: »Weiter war der Anteil der Muslime, die nicht zur Interviewteilnahme bereit waren, höher als nach der Machbarkeitsstudie erwartet werden konnte. Worauf das zurückzuführen ist, kann letztlich nicht abschließend beurteilt werden. Vermutlich ist jedoch der Umstand, dass Muslime im Zeitraum der Studie in der Öffentlichkeit und den Medien immer wieder in Verbindung mit Gewalt, Terror und Parallelgesellschaft thematisiert wurden, hier nicht ganz ohne Wirkung geblieben.«<sup>18</sup> Laut »Muslime in Deutschland« erleben mehr als die Hälfte der befragten Muslime in Deutschland Situationen, in denen sie sich als Ausländer ausgrenzend behandelt und angesehen fühlen.<sup>19</sup>

Als ganz entscheidendes Moment im Zusammenhang mit Terrorismus nennen die Befragten aber vor allem die Diskriminierung von Muslimen in Palästina, im Irak, in Afghanistan und anderen muslimischen und teilmuslimischen Ländern. Diesem zentralen Punkt wird in der Studie nicht weiter nachgegangen, weil es per Definition um die Gewalt von Muslimen geht und nicht um die Gewalt von »uns«. Anstatt über diesen Punkt weiter nachzudenken, begnügt sich die Studie damit, ihn als emotional zu klassifizieren und der politologischen Diskussion damit auszuweichen. Das klingt dann so: »Hinsichtlich der möglichen Hintergründe islamistischer Gewalt fällt die hohe emotionale Relevanz der kollektiven Benachteiligung von Muslimen im Nahen Osten auf, die von einigen selbst noch im Interview als Gefühl quasi nacherlebt wird.«<sup>20</sup> Auch im Abschnitt über den Forschungsstand finden sich Hinweise darauf, dass außenpolitische Faktoren wesentlich für das Phänomen des Terrorismus sind: »Wesentlichen Einfluss auf Radikalisierung und die Akzeptanz politischer Gewalt haben danach vor allem Vorstellungen derart, dass westliche Länder versuchen, in muslimische Gesellschaften zu

intervenieren.«<sup>21</sup> Die Pseudo-Sachlichkeit verlangt es hier, über »Vorstellungen« zu sprechen, über Wahrnehmungen und Interpretationen. Eine Diskussion über das Völkerrecht und das Menschenrecht, so notwendig sie auch für die vorliegende Problematik sein mag, fällt ganz weg.

Ferner darf der Umstand nicht übersehen werden, dass der Rassismus von Muslimen gegenüber Juden untersucht wurde, wobei die Begriffswahl eine Nähe zum Nationalsozialismus impliziert, da nicht über eine Ablehnung von Juden gesprochen wird, sondern explizit und stark suggestiv vom »Antisemitismus«.<sup>22</sup> Eine Differenzierung findet nicht statt, weil sonst das massiv völker- und menschenrechtswidrige Verhalten des Staates Israel angesprochen werden müsste, was in einer Studie des Bundesinnenministeriums nicht möglich ist, da das offizielle Deutschland den Staat Israel prinzipiell höher stellt als rechtliche Erwägungen.

### Das Ich und das Andere

Der Kulturkonflikt um den 11. September ging nicht von den Muslimen aus, es sei denn, man hält Bin Laden /al-Qaida für Repräsentanten des Islam, was im westlichen Mainstream zwar häufig, aber als wissenschaftliche These unhaltbar ist. Vorausgesetzt, dass der Terror des 11. September überhaupt auf al-Qaida zurückgeht, was keineswegs bewiesen ist. Die Tatsache, dass die US-Regierung so gut wie kein Geld für die Aufklärung des Verbrechens verwendet hat, aber Milliarden für ihre Kriege gegen muslimische Staaten ausgibt, lässt zusammen mit Dutzenden anderen Ungeheimheiten eher vermuten, dass es sich um einen »inside job« gehandelt hat, mit dem Ziel, die Welt mit Angriffskriegen zu überziehen – unsere heutige Realität.

Aber bleiben wir ruhig bei der offiziellen Darstellung und nehmen wir an, dass es sich um muslimische Täter gehandelt hat. Theoretisch ist westlichen Wissenschaftlern, Politikern und Medien klar, dass dies nicht zu einem Generalverdacht gegen Muslime führen darf. In der Praxis zeigen Studien wie die hier untersuchte, dass es trotzdem getan wird – weil der feindfixierte Denkansatz gar keine Alternative zulässt. Betrachten wir die Problematik einmal aus einer anderen Perspektive und schauen wir auf die deutsche Gesellschaft anstatt auf die Muslime zu schauen. Da sehen wir eine jahrhundertealte kontinuierliche Ausgrenzung von Minderheiten und nichtdeutschen Kulturen. Seit 1880 etwa verstärkte sich das Feindbild gegen Juden in Deutschland. Argumentiert wurde damals zum einen mit einer angeblichen Andersartigkeit von Juden – eine solche Argumentation ist nach der Neuformulierung der Menschenrechte 1948 im öffentlichen Diskurs nicht mehr möglich –, zum anderen mit der Zersetzung der Wirtschaft durch reiche Juden. Hier hatte der reiche ungerechte Jude ziemlich exakt die gleiche Funktion wie heute der militante ungerechte Muslim. Unter Hitler wurde auch das Feindbild des Kommunismus verstärkt. Der Zusammenbruch des Hitlerreiches 1945 ging in Westdeutschland einher mit einer Unterstützung der USA gegen den Kommunismus, womit das Feindbild in Deutschland sich auf den


Kommunismus/Sozialismus einengte. Mit den Gastarbeiterabkommen der 60er-Jahre kam dann das Feindbild Türkei/Islam zum ersten Mal voll zum Tragen. Gleichzeitig war Ostdeutschland die Projektionsfläche für »das Böse«. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989 kam der Islam wieder stärker in den Fokus und seit 2001 hat sich das Feindbild Islam in Deutschland und im Westen voll durchgesetzt, so wie nie zuvor.

Es hat noch keine Epoche gegeben, in der auf ein Feindbild und auf die Diskriminierung von Minderheiten und/oder nichtdeutschen Kulturen verzichtet wurde. Angesichts der Judenmordung in Deutschland und Europa ist die Kontinuität eines solchen Verhaltens nicht nachvollziehbar, auch nicht mit dem dogmatischen und emotionalen Argument, dass die Judenmordung eine unvergleichliche Einzigartigkeit darstellt. Denn als sich 1880 eine antisemitische Bewegung herausbildete, hat noch lange niemand an Konzentrationslager gedacht. Eine Analyse der so genannten Antisemitismuskonzeption aus dieser Zeit kann zeigen, wie sehr sich der Diskurs in manchen Punkten ähnelt.<sup>23</sup>

### Rationaler Diskurs

Zum rationalen Diskurs gehört, dass man die eigene Position kritisch hinterfragt. In Deutschland gibt es dafür Gründe genug. In Afghanistan etwa bringen deutsche Soldaten sich selbst und uns alle durch militärische Aktionen zunehmend in Gefahr, um amerikanische Interessen zu befriedigen. Der Angriffskrieg im Irak und die andauernde Besatzung führen in Deutschland nicht zu der Frage, ob man sich politisch von den USA distanzieren soll. Dies stellt bereits eine Mittäterschaft dar, mit allen Risiken, die das mit sich bringt. Die menschenverachtenden Gräueltaten des israelischen Staates gegenüber der palästinensischen Gesellschaft werden von Deutschland täglich mitgetragen und gerechtfertigt, obwohl jeder weiß, dass dieses Verhalten Terrorismus befördert. Anstatt sich um eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten zu bemühen, bemühen sich deutsche Politiker und Journalisten, den Iran zum Sündenbock zu machen, der nicht einmal Atomwaffen besitzt. Anstatt moderate und liberale Politiker in muslimischen Ländern zu unterstützen, werden autoritäre Regime hofiert. Alles in allem sind die Außenpolitik gegenüber muslimischen Ländern und der Diskurs darüber von einem Willen zur Kontrolle und nicht zum Miteinander gekennzeichnet. Wenn es darum geht, den Nährboden für Terrorismus zu suchen, findet man in den oben genannten Punkten genügend Hinweise zum konstruktiven Handeln. Der Begriff »homegrown terrorism« kann eben auf unterschiedliche Weise verstanden werden.

Ohne eine solche Selbstkritik ist es unmöglich, ein Vertrauensverhältnis zu Muslimen zu erreichen und eine erfolgreiche Integration. Die deutsche Gesellschaft hat offensichtlich nicht viel gelernt seit dem Zweiten Weltkrieg; sie kommt ohne die Diskriminierung von anderen nicht aus. Angesichts der Konsequenzen während des Zweiten Weltkriegs ist dies ein überaus erschreckendes Ergebnis.

Auch die vorliegende Studie vergrößert die Kluft zwischen Muslimen und Nichtmuslimen in Deutschland. Eine Vermischung von Sicherheits- und Integrationsfragen kann nicht erfolgreich sein, weil das eine auf Misstrauen basiert und das andere auf Vertrauen. Da auch die Hersteller der Studie so intelligent sind, das zu wissen, kann man annehmen, dass der gesamte Bereich Integration dazu dient, den kriminologischen Hintergrund zu verschleiern. Zumindest sind im qualitativen Teil der Studie viele O-Töne zitiert, die wissenschaftlich verwertbar sind. Mit Aktionen wie der Veröffentlichung solcher inkohärenter Studien wird es immer schwieriger, autoritäre und rückständige Strukturen innerhalb der muslimischen Gesellschaften zu überwinden, die ja tatsächlich ein großes Problem darstellen. Das Innenministerium hat den moderaten Muslimen in Deutschland und der deutschsprachigen Welt einen Bärendienst erwiesen – und es ist nicht das erste Mal. Wir müssen den »Faktoren entgegenwirken, die Radikalisierung begünstigen«, sagt Schäuble in seinem Vorwort und macht das genaue Gegenteil. »Das kann nur in Kooperation mit den Muslimen in Deutschland gelingen«, schreibt er und es klingt wie eine Drohung. 

*Anis Hamadeh ist Schriftsteller, Musiker und Journalist sowie Redakteur von [www.anis-online.de](http://www.anis-online.de) und Autor des Buches »Islam für Kids«. E-Mail: [anis@anis-online.de](mailto:anis@anis-online.de)*

### Fußnoten

- 1 Anis Hamadeh schrieb zum Thema »Terrorismus« den zweisprachigen Aufsatz: »Terror als Objekt der Wissenschaft«, 2004: [www.anis-online.de/1/essays/16.htm](http://www.anis-online.de/1/essays/16.htm)
- 2 Bibliografische Angaben: Brettfeld, Katrin/Wetzels, Peter (Uni Hamburg Rechtswissenschaften, Abt. Kriminologie) (Juli 2007): *Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse und Befragungen im Rahmen einer multizentristischen Studie in städtischen Lebensräumen.* – Hrsg. vom Bundesministerium des Innern, *Texte zur Inneren Sicherheit*. 509 S., Berlin, Hamburg – Siehe die gesamte Studie online unter [www.bmi.bund.de/nm\\_122688/Internet/Content/Broschueren/2007/Muslime\\_20in\\_20Deutschland.html](http://www.bmi.bund.de/nm_122688/Internet/Content/Broschueren/2007/Muslime_20in_20Deutschland.html)
- 3 In der Studie wird der Begriff »Muslima« im Sinne von »Musliminnen/Muslimas« verwendet. Auch sonst finden sich störend viele Rechtschreibfehler.
- 4 S. 494, 495, 497.
- 5 S. 9, 10
- 6 [www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,524486,00.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,524486,00.html), [www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc-E6A92F821CC324DC7BAB1FDC87763EF3A-ATpl-Ecommon-Sccontent.html](http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc-E6A92F821CC324DC7BAB1FDC87763EF3A-ATpl-Ecommon-Sccontent.html), [www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/609/149252/](http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/609/149252/), [www.handelsblatt.com/News/Politik/Deutschland/\\_pv\\_/p/200050/\\_t/ft/\\_b/1369059/default.aspx/studie-zahlreiche-muslime-in-deutschland-gewaltbereif.html](http://www.handelsblatt.com/News/Politik/Deutschland/_pv_/p/200050/_t/ft/_b/1369059/default.aspx/studie-zahlreiche-muslime-in-deutschland-gewaltbereif.html), [www.tagesschau.de/inland/gewaltbereif2.html](http://www.tagesschau.de/inland/gewaltbereif2.html) (alle 20.10.07)
- 7 [www.hagalil.com/01/de/Antisemitismus.php?itemid=1610](http://www.hagalil.com/01/de/Antisemitismus.php?itemid=1610)
- 8 [www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Islam-Studie-Integration-Fundamentalismus;art122,2442735](http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Islam-Studie-Integration-Fundamentalismus;art122,2442735) (20.12.07)
- 9 HR Info Kultur, So., 20.01.08, 11.35–11.45 Uhr, Rezension »Muslime in Deutschland«, Interview mit Werner Schifffauer
- 10 S. 12ff
- 11 [qantara.de/webcom/show\\_article.php?wc\\_c=469&wc\\_id=808](http://qantara.de/webcom/show_article.php?wc_c=469&wc_id=808)
- 12 S. 26 und 27
- 13 S. 440
- 14 S. 489
- 15 S. 28 und 33f
- 16 S. 31
- 17 S. 73
- 18 S. 80
- 19 S. 109
- 20 S. 480
- 21 S. 47
- 22 Z. B. S. 496f
- 23 Siehe dazu die Vorarbeiten von Sabine Schiffer, z. B. »Die Leitkultur- und Patriotismusdebatte von heute und der Berliner Antisemitismusstreit von 1880«, [www.islam.de/7579.php](http://www.islam.de/7579.php) und: »Islamfeindliche Diskurselemente heute im Vergleich zu antisemitischen Diskurselementen im 19. Jahrhundert«: [www.medienverantwortung.de/imv/pdf/Vortrag\\_20070711\\_Schiffer\\_Islamfeindliche\\_Diskurselemente\\_heute\\_FES.pdf](http://www.medienverantwortung.de/imv/pdf/Vortrag_20070711_Schiffer_Islamfeindliche_Diskurselemente_heute_FES.pdf)